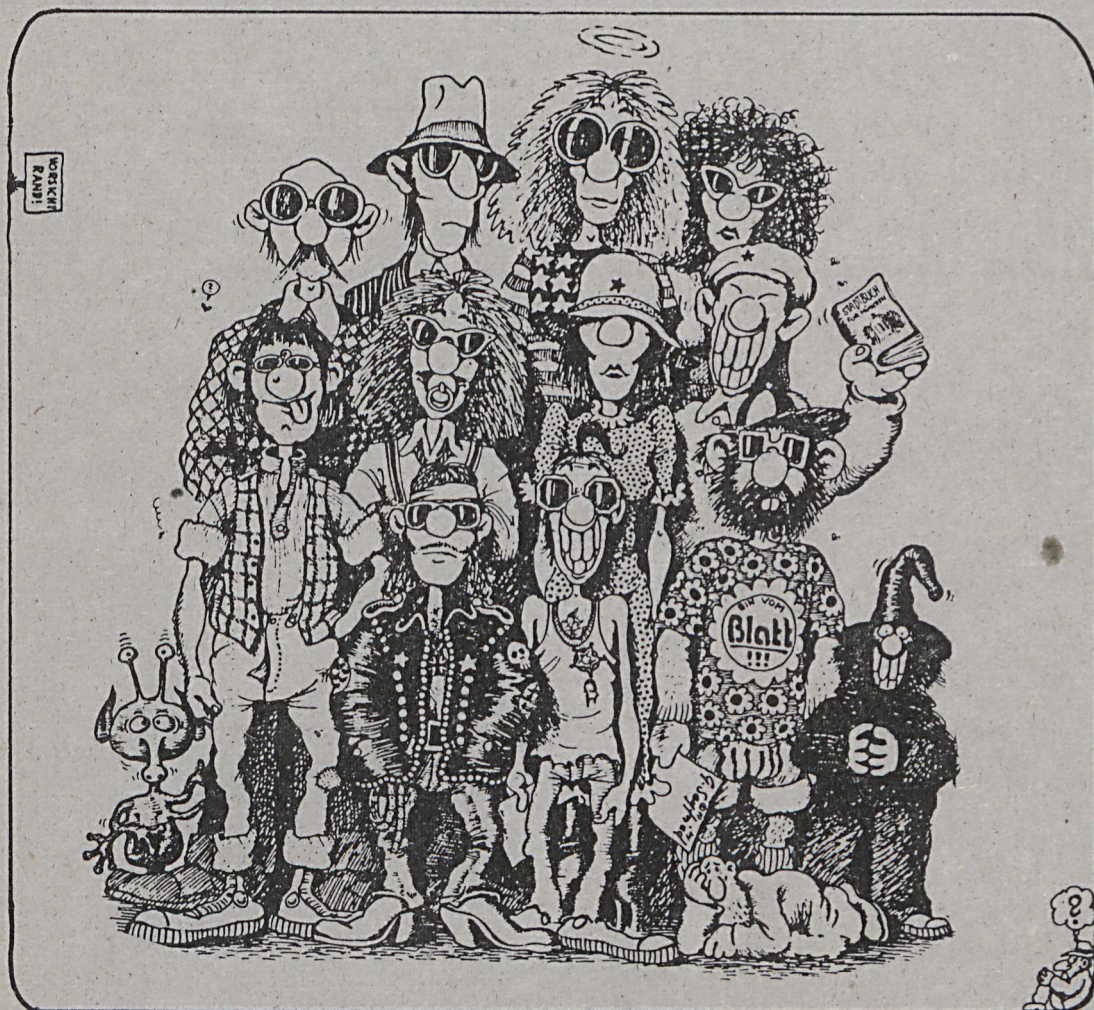


SCHLAG LICHT

Nr. 13

20.11.81

ZEITUNG DER STUDENTENSCHAFT DER TECHNISCHEN HOCHSCHULE DARMSTADT



NEUER ASTA GEWÄHLT !

SCHLAGLICHT!

erscheint **Impressum**
14-tägig

Redaktion:

Christel Fischer

Bernd Golle

Michael Siebel

Ulli Bunttenbruch

Uwe Arndt

V.i.s. d. P. ASTA der
TH Darmstadt

Redaktionsschluß Nr. 14

1.12.81

Herausgeber: ASTA der THD

Inhalt:

Neuer ASTA gewählt	2
Bericht von der TH-VV	6
Zur Arbeit der Arbeitsgruppe	
Frieden und Abrüstung	8
"Bedingte Studierfähigkeit" oder das Geschwafel vom dummen Studenten	9
Wir haben keine Zuversicht, wir haben nur noch Hoffnung - Rücktritt von einem verlorenen Posten	12
Herzlichen Glückwunsch, oder ein neues Spielzeug für den ASTA	13
Leserbriefe	14
Aufruf des Zentralrats der VDS zu Wintersemesteraktionen	15
Veranstaltungen	16

Neuer ASTA gewählt

Am 6.11.81 erfüllte das Studentenparlament nun endlich eine seiner wichtigsten Aufgaben: Es wählte den Allgemeinen Studentenausschuß (ASTA). Seit mehreren Jahren ist dies nun mal wieder ein ASTA, in dem (fast) alle Kernreferate besetzt sind und darüberhinaus noch Referenten vertreten sind, die weitergehende Aufgaben erfüllen wollen. Damit möglichst viele Studenten zumindest die Möglichkeit bekommen, die neuen Referenten mal ein bißchen kennenzulernen, seien sie hier kurz vorgestellt und natürlich auch das, was die Referenten machen wollen. Sofern auf der Sitzung des Studentenparlaments ein schriftliches Programm vorlag, soll auch das hier abgedruckt werden. Die Reihenfolge hat nichts zu bedeuten.

Informationsreferentin I

Monika de la Fuente

Referent für Studienangelegenheiten

Franz Nagel

Beide zusammen wollen mehrere Projekte bearbeiten. Deshalb werden sie auch zusammen vorgestellt. Monika und Franz kandidieren auf der Grünen Alternativen Liste und vertreten diese auch im ASTA. Monika studiert im 8. Semester Gewerbelehrer, Franz ist im 13. Semester und studiert Physik. Ihre Arbeitsschwerpunkte sollen sein:

Mensa:

Es soll versucht werden, auf einem Band in der Mensa "Stadt" ein alternatives Essen einzuführen. Dieses Essen soll gesünder und abwechslungsreicher gestaltet sein, als das bisher angebotene "Essen".

Fachübergreifende Lehrveranstaltungen

Das Angebot der Fachbereiche soll publik gemacht werden und unterstützt werden. Gerade dieses Lehrangebot muß unterstützt werden, da es eine Möglichkeit darstellt, ein borniertes Wissenschaftsverständnis zu überwinden und zu einem kritischen Verständnis der eigenen und anderer Wissenschaften zu kommen.

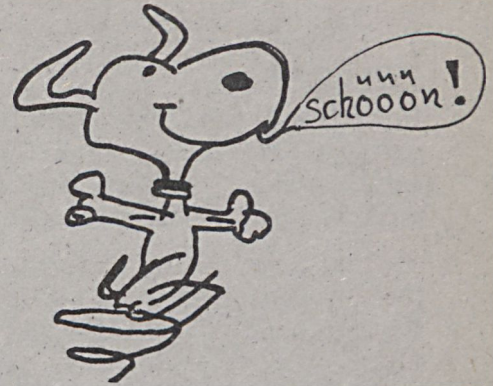
Kindergarten an der THD

Über dieses geplante Projekt wurde bereits im Schlaglicht Nr. 11 berichtet. In Selbstorganisation betroffener Eltern soll ein Kindergarten organisiert werden. Die Koordination und Organisation übernimmt der AstA.

Inforeferent II

Michael Siebel

Michael studiert im 10. Semester die Fächer Biologie und Mathematik für das Lehramt. Er ist für die Juso-Hochschulgruppe im AstA. Schon früheren Asten gehörte er als Fachschaftsreferent und Hochschulreferent an. Seine programmatischen Vorstellungen beschreibt er wie folgt:



"Wenn ich denke, daß unsere Laboratorien von den militärischen Instanzen bezahlt und wie Kriegsobjekte bewacht werden, dann frage ich mich, ob wir den Geist der Wissenschaft nicht wirklich verraten haben, als wir unsere Forschungsarbeit den Militärs überließen, ohne an die Folgen zu denken."

So wie es Heiner Kippar dt den Physiker Oppenheimer in seinem Stück sagen läßt, so werden sich viele von uns in ihrem späteren Berufsfeld fragen müssen, ob sie das, was sie da forschen und tun, nicht nur noch vor ihrem Gewissen vererbahren können, sondern auch vor den Menschen, die auf dieser Welt weiter gedenken zu leben. Nach Schätzungen der UNO sind weltweit 40% aller Wissenschaftler und Ingenieure mit militärischen Forschungs- und Entwicklungsarbeiten befaßt.

Wie die Situation in diesem Sektor an der THD aussieht weiß niemand so genau doch sicher ist, daß diverse Forschungsprojekte auch für militärische Zwecke nutzbar sind. Angesichts dieser Tatsache und angesichts der atomaren Bedrohung in Mitteleuropa sollte und muß der Bereich "Frieden und Abrüstung" auch an unserer Hochschule thematisiert werden. Dies soll eine Aufgabe des Infereferats (2) sein. Zu diesem Zweck wird eine Arbeitsgruppe initiiert werden die sich damit auseinandersetzen soll.

Möglichst Arbeitsbereiche könnten sein:

- Widersprüche in der "Friedensbewegung"
- Unter welchen Bedingungen ist eigentlich noch Abrüstung möglich?
- Soziale Verteidigung
- Rüstungsprojekte an der Hochschule

Ziel der Arbeitsgruppe soll es sein, eine Veranstaltung vorzubereiten und/oder eine Dokumentation zu erstellen. Die Arbeitsgruppe wird schwerpunktmäßig vom Infereferenten (2) initiiert und geleitet.

Schlaglicht

Der Infereferent (2) wird als Kontaktperson des AstA in der Redaktion des Schlaglichts mitarbeiten. Seine Aufgabe wird es dementsprechend sein, in stärkerem Maß wie bisher das Schlaglicht auch als Publikationorgan des AstA zu nutzen. Die Konzeption des Schlaglichts bleibt in diesem Zusammenhang unberührt.

Allgemeine Informationsarbeit

Stärker als das bisher der Fall gewesen ist, muß der AstA wieder an die Öffentlichkeit treten. Dazu sollen zu zahlreicheren Themen als das bisher der Fall war Presseerklärungen, offene Briefe... verfaßt und verbreitet werden. Sollten die Fachschaften es wünschen, wird vom Infereferat eine Sammlung interessanter Zeitungsartikel herausgegeben.



Hochschulreferent I

Uwe Arndt

Auch Uwe ist für die Juso-Hochschulgruppe im ASTa, und das nicht zum erstenmal. Vorher war Uwe zwei Semester lang Finanzreferent.

In seinem neuen Aufgabengebiet will Uwe neben der Außenvertretung (Landesastenkonzferenz, Vereinigte Deutsche Studentenschaften) folgendes initiieren:

Der Hochschulreferent I soll verantwortlich eine Arbeitsgruppe zur Hochschulfinanzierung (AGH) initiieren und in ihr mitarbeiten. Im folgenden soll etwas über eine mögliche Arbeit dieser Gruppe gesagt werden.

Die Hochschulfinanzierung ist geprägt von

- ständig steigenden Studentenzahlen,
- knappen finanziellen Ressourcen für den Bildungsbereich.

Daraus ergeben sich erhebliche Probleme für das Studium und die politische Arbeit an der Hochschule. Beispielhaft sollen folgende Punkte genannt werden

- Isolation,
- mangelnder Wohnraum,
- schlechte Ausstattung (Praktika, Übungen).

Die Arbeitsgruppe Hochschulfinanzierung sollte die Ursachen knapper Finanzen untersuchen. Die Ergebnisse sollen uns in die Lage versetzen, in der Diskussion um die Hochschulfinanzierung die Gründe für die Kürzungen aufzeigen zu können und unsere Alternativen zu dieser Politik entgegen zu setzen.

Als Vorschlag zur vorgehensweise bei der Arbeit werden folgende Punkte eingebracht:

- Eine Auseinandersetzung mit einer Einschätzung der gegenwärtigen ökonomischen Situation,
- eine Diskussion über die ökonomische Bestimmtheit (Verwertbarkeit im Produktionsprozeß) des Studiums und der Forschung,
- Entwicklung bzw. Diskussion alternativer Konzepte für die Wirtschaftspolitik und damit auch für eine Umorientierung der Studieninhalte und der Forschungsziele.

Als Diskussionsgrundlage werden vorgelegt:

- Thesenpapier zur Hochschulfinanzierung,
- Text zur Einschätzung der Krise des Kapitalismus
- Texte zur "Bildungsökonomie"
- Ideen über alternative Konzepte in der Wirtschaftspolitik



Hochschulreferent II

Herbert Spille

Herbert gehört auch zu den alten ASTa Hasen. Wie lange er für die Juso Hochschulgruppe schon im ASTa war, würde längerer Nachforschungen bedürfen. Studieren tut er Physik im 11. Semester und als Hochschulreferent will er die Diskussion um die Studienreform reaktivieren.



Dabei versteht er unter Studienreform nicht nur die Reform der Studieninhalte, sondern auch die Reform der Prüfungen. Da Prüfungen in der Hochschulsozialisation eine ganz entscheidende Rolle spielen, muß die Diskussion um Prüfungen laufend geführt werden. Eine Ebene der Umsetzung studentischer Vorstellungen ist die Arbeit in den Gremien, die Herbert im Ausschuß für Lehr- und Studienangelegenheiten selbst einbringen will, in anderen Gremien koordinieren und aktivieren wird.

Fachschaftsreferent

Friedrich Kammerer

Friedrich studiert im 5. Semester Physik und vertritt neben Bessam Tas das Bündnis Ausländer/Fachschaften im AStA. Friedrich stellt seine Arbeit wie folgt dar:

Programm für die Arbeit im Fachschaftsreferat:

- 1) Politischer Schwerpunkt der Arbeit soll der Kampf gegen die Rotstiftpolitik sein, d.h. gegen die Kürzungen im Bildungs- und Sozialbereich. Dabei soll möglichst eine Zusammenarbeit mit anderen Betroffenen Gruppen (Gewerkschaftsjugend, Schüler, GEW etc.) stattfinden.
Nach unserer Vorstellung ist es, bevor an die Öffentlichkeit gegangen wird, notwendig, unter den Studenten breit zu mobilisieren. Wir streben deswegen, falls Aktionen stattfinden, z.B. 2 Aktionstage mit Aktionen vorwiegend auf FB - Ebene, und danach noch 1 - 2 Tage mit Aktionen auf TH-Ebene oder auch Landesebene an. Der VDS-Vorschlag eines Bundesweiten Streiks kann dabei ruhig aufgegriffen werden, aber nur, falls er in unser Konzept paßt. (D.h. das Konzept der TH, nicht nur unseres Referats. Über ein Aktionskonzept sind wir uns wahrscheinlich bald einig).
- 2) Die Aufgabe des PS-Referates dabei ist die Mobilisierung der PSen bzw. die Unterstützung der PSen bei der Mobilisierung der Studenten, bei der Aufarbeitung von Informationen, und natürlich bei eigenen Aktionen.
Weiterhin ist es notwendig, einen ständigen Kontakt zwischen PSen und AStA herzustellen und zu halten, der in der letzten Zeit gefehlt hat. Dazu soll das z.Zt. recht spärlich besuchte PS-Plenum wiederbelebt werden. (Wobei es aber nicht die Rolle eines Zweitstupa einnehmen soll, sondern ein Treff werden soll, auf dem Informationen und Erfahrungen ausgetauscht werden, mögliche Aktionen diskutiert etc.)
- 3) Die Hauptarbeit dabei wird es wahrscheinlich sein, sich "individuell" um die einzelnen PSen zu kümmern. Die Arbeit wird darum von einer Gruppe gemacht (Fest dabei sind bisher Roland, Alexander, Peter und Friedrich). "Der" Fachschaftsreferent hat sich vor allem um ständige Papierarbeit zu kümmern, ist der Ansprechpartner für den Rest des AStA und soll darum als Vollzeitreferent arbeiten.
- 4) Konkrete Aufgaben für die nächste Zeit bis Dezember:
Sammelr von Informationen in den Fachschaften, Diskussion (auch pol. Diskussion) über Kürzungen etc. an den PSen in Gang bringen, Organisation eines Ko-Treffs wie letztes Jahr.

Ausländerreferent:

Bessam Tas

Bessam studiert auch Physik. Vom Ausländerausschuß vorgeschlagen strebt er eine enge Zusammenar-

beit mit dem "Rest-AStA" an. Im Studentenparlament erklärte er, er werde insbesondere versuchen die Probleme der ausländischen Kommilitonen den deutschen Kommilitonen nahe zu bringen. Bessam sieht die drohenden Mittelkürzungen als ein Problem aller Studenten an und wird sich deshalb auch an Aktionen beteiligen. Wie schon Ausländerreferenten vor ihm, will er versuchen das Studienkolleg in die Hochschule zu integrieren. Auch will er über internationale Konfliktfelder berichten und Veranstaltungen durchführen.

Kulturreferent

Dieter Ackermann

Erstmals gibt es in einem AStA der TH einen gewählten Kulturreferenten und das ist der Dieter von der GAL und Physikstudent im 5. Semester und, und, und....

Dieter will den Lebensbereich Hochschule nicht nur als technokratisches, bürokratisches Betonsilo sehen, sondern mit "Phantasie und der eigenen Kreativität aus all dem Frust, der uns da umgibt" ausbrechen. Mittel zum Zweck soll ein breites Kulturprogramm sein, das mit Musik, Theater Workshops... zu einer aktiven Gestaltung der Lernwelt "Uni" beitragen soll.

Finanzreferent

Stefan Köhler

Last but not least der Stefan von der Juso-Hochschulgruppe und Wirtschaftsinformatiker im 7. Semester. Auch Stefan gehörte schon dem letzten AStA an und wird diesmal die Aufgaben des Finanzreferenten übernehmen. Dazu gehört die Erstellung eines Haushalts über die Gelder der Studentenschaft (also wie und für was eure 10,-- DM ausgegeben werden), die Verwaltung der Gelder usw...

Wir von der Schlaglicht-Redaktion wünschen dem neuen AStA alles mögliche... und auf daß er es auch tue. Insbesondere fänden wir es gut, wenn Referenten oder der gesamte AStA ab und zu der Studentenschaft mal berichtet, was er so macht.

Also dann: We shall see!

BERICHT VON DER TH-VV

Der tropfende Hahn kündigte es schon Tage vorher an, worum es insbesondere auf der TH-Vollversammlung gehen sollte:

Der Geldhahn für Hessens Hochschulen ist soweit abgedreht, daß kaum mehr was rauskommt.

Doch die Wasserfluß-Analogie kann die tatsächliche Situation nicht treffen, denn rechnet man die Inflationsrate noch mit ab, so ergibt sich gar eine reale Kürzung - zumindest der Gelder die für die Bezahlung der studentischen Hilfskräfte und Tutoren in Übungen und Praktika notwendig sind.

Angesichts dieser erneuten Verschlechterung unserer Bildungs- und Ausbildungssituation fanden sich dann auch ca. 1.000 Studentinnen und Studenten auf der TH-Vollversammlung am 4.11.81 ein. Und es war mal eine der erfreulichen Vollversammlungen, die nicht im Gruppenhickhack untergingen sondern auf der auch mal politisch argumentiert und diskutiert wurde.

Offensiver wurde die Forderung nach mehr Geld für die Bildungsinstanzen gefordert, da eine gute Bildung nicht nur letztlich die ökonomische Basis jeder entwickelten Gesellschaft darstellt, sondern Kürzungen im Bildungsbereich auch elementare "Gleichheitsprinzipien" aufs Spiel setzen. Auch von Präsident Böhme, der wohl zu den wenigen Hochschulpräsidenten zählt, die bisweilen auf studentischen Vollversammlungen erscheinen, waren ungewohnte Töne zu hören, nachdem er Tage vorher nur um Geld für die Heizung der THD gejammert hatte.

Man müsse die politische Funktion einer Hochschule erkennen und das Verantwortungsbewußtsein derer, die in ihr leben, arbeiten und ausgebildet werden, gegenüber Menschen und Umwelt schärfen.

Das Studium soll, so Böhme, nicht zu einem schmalspurigen Fachidiotentum degenerieren.

DIE FOLGE WAR EIN FÜRCHTERLICHES

SOZIALISMUS 4Km **CHAOS** SOZIALISMUS 2000km



Anschließend sagte der Präsident:

"Politiker dürfen sich nicht aus der Verantwortung derer stehlen, die die Zukunft dieses Landes prägen werden."

Nach solchen markigen Worten sollten wir uns wirklich offensiver für unsere Ausbildung einsetzen und nicht länger einer schon mehrfach sich als falsch erwiesenen Politik glauben, daß es allen besser geht, wenn es einigen besser geht.

Im weiteren Verlauf der Vollversammlung wurden dann noch Vorschläge diskutiert, wie man Aktionstage gegen Mittelkürzungen ausgestalten kann. Da sich diese Diskussion in den verabschiedeten Anträgen widerspiegelt, und auch weil sonst kaum jemand die tatsächlich verabschiedeten Anträge in voller Länge veröffentlicht, seien diese hier mal dokumentiert:

Antrag des AstA:

Wir, die Studentinnen und Studenten auf der Vollversammlung der THD, protestieren gegen die weiteren Kürzungen im Bildungsbereich.

Wir fordern:

- die Bereitstellung von ausreichenden Mitteln für wissenschaftliche Hilfskräfte
- genügend Mittel für Übungen, Praktika und Skripte
- ein Überlastprogramm, das tatsächlich den Auswirkungen der wachsenden Studentenzahlen gerecht wird. D.h. Bereitstellung von Mitteln für Lehraufträge und Stellen von wissenschaftlichen Mitarbeitern.

Für uns steht fest, daß diese Verbesserungen nicht auf Kosten anderer Bildungsbereiche oder des Sozialbereichs erfolgen dürfen. Die Bereiche, die auf frei werdende Mittel zu untersuchen sind, sind z.B. Subventionen für die Industrie, Polizei, Geheimdienste und Bundeswehr.

Um die schlechte Situation an der Hochschule deutlich zu machen, fordern wir die Fachschaften auf, Fachbereichsvollversammlungen durchzuführen und dort die vorhandenen Mißstände zu sammeln, damit sie uniweit und in Bevölkerungsinfos veröffentlicht werden können. AstA und Fachschaften bereiten für die Tage der Hochschulschließung (wenn's dazu kommt) Aktionstage an der Hochschule vor, mit Diskussionsveranstaltungen, Bevölkerungsinformationen und Kulturprogramm.

(Ergänzungsantrag der Juso-Hochschulgruppe):

Auf Fachschaftsvollversammlungen soll im Fall der Nichtschließung der Hochschule auf jeden Fall die Durchführung der Aktionstage als Protest gegen die Haushaltsplanung 1982 diskutiert und angegangen werden.

Die studentischen Konventsmitglieder sollen diese Forderungen in den Konvent einbringen und zur Abstimmung stellen.

Der AstA wird beauftragt, in Abstimmung mit anderen Asten die Durchführung von Demonstrationen zu planen. In der Vorbereitung dieser Aktionen soll ein Zusammengehen der betroffenen Gruppen im Bildungsbereich erreicht werden und ein Ausspielen verschiedener Forderungen gegeneinander verhindert werden.

Dazu soll der AstA Kontakt mit anderen Gruppen aufnehmen.

(Ergänzungsantrag der Bündnisliste):

Der AstA wird beauftragt sich sofort um die Einberufung eines Koordinationstreffens aller von den Mittelkürzungen Betroffenen (d.h. Studenten-, Lehrer-, Schüler, Elternvertreter sowie DGB-Jugend) zu kümmern. Ziel dabei ist es, Spaltungsversuchen entgegen zu treten und auf gemeinsame Aktionen im WS 81/82 hinzuwirken.*

** alle Anträge würden mehrheitlich angenommen.*

Überschattet war die Vollversammlung von dem brutalen Vorgehen der Polizei bei den Auseinandersetzungen um die Startbahn West.

Vertreter der Bürgerinitiativen gegen die Startbahn West berichteten von den neuesten Ereignissen am Baugelände. Es war klar, daß die übergroße Mehrheit der VV aktiv gegen das skrupellose Vorgehen der Hessischen Landesregierung protestiert und dies auch auf einer Spontandemonstration im Anschluß an die VV tat. Mit frenetischem Beifall und übergroßer Mehrheit bedachte die VV folgende Anträge:



Wir, die wir im Rhein-Main Gebiet wohnen müssen, fordern einen sofortigen Baustopp an der Startbahn-18-West. Wir fordern den sofortigen Abzug der Polizei, kein Baum darf mehr fallen bis zu einer Entscheidung über das Volksbegehren.

Wir fordern die Landesregierung auf, ihre verleumderische und verlogene Propaganda gegen die Bürgerinitiativen und Unterstützer des Volksbegehrens einzustellen.

Die Vollversammlung der Studenten der Technischen Hochschule Darmstadt fordert den hessischen Ministerpräsidenten Holger Börner und den hessischen Innenminister Eckehard Griese auf, aufgrund der skandalösen Vorfälle auf dem Baugelände der geplanten Startbahn -18- West, zurückzutreten!!



AG Frieden und Abrüstung gegründet

In der Geschichte der Studentenbewegung hat der Kampf für Frieden und Entspannung immer eine bedeutende Rolle gespielt.

Da die Erhaltung des Friedens durch Abrüstung elementarste Voraussetzung für ein sinnvolles Leben ist, kann es keine demokratische Aktivität geben, die diesen Schwerpunkt nicht berücksichtigt. Angesichts der neuen Dimension atomarer Bedrohung (Nato-Nachrüstungsbeschluß, Bau der Neutronenbombe...) wollen wir Ansätze für eine wirkliche Friedenspolitik diskutieren.

Die Arbeitsgruppe "Frieden und Abrüstung" hat sich aber auch nicht zuletzt deshalb gegründet, weil viele von uns in ihrer späteren Forschungs- und Entwicklungsarbeit mit der Arbeit an militärischen Objekten konfrontiert werden (Nach Schätzungen der UNO sind weltweit 40% aller Wissenschaftler und Ingenieure mit militärischer Forschungs-, und Entwicklungsarbeit befaßt).

Es darf nicht länger angehen, daß für unser Leben immer nur "Abfallprodukte" der Militärforschung gerade gut genug sind. Die hohle Argumentation, daß diese Forschung ja allen nütze, wird immer falscher, je wahrscheinlicher ein Atomkrieg wird.

Wir wollen uns in der Arbeitsgruppe erstmal mit folgenden Fragen beschäftigen:

- Gibt es eigentlich eine sinnvolle Verteidigung durch Abschreckung?
 - Wie ist Abrüstung unter den herrschenden Militärdoktrinen in Ost und West überhaupt möglich?
 - Was ist eigentlich dran an den Zahlen über das Gleichgewicht (oder Ungleichgewicht???) des Schreckens?
- Wenn wir uns also erstmal einen Überblick geschaffen haben, wollen wir an verschiedenen Punkten weitermachen.
- Dazu sind bisher erst einige Vorschläge gemacht worden. Etwa:
- Rüstungsforschung an der Hochschule
 - Soziale Verteidigung
 - historische Entwicklung der Nato
 - Wie homogen ist die "Friedensbewegung"?

Wir treffen uns bisher im 14tägigen Rythmus. Nächster Termin:

Mittwoch, 25.11.81, um 19.00 h
im AstA (altes Hauptgebäude)

Wir würden uns freuen, wenn du bei uns mitarbeiten würdest, denn wir meinen mit dir, daß es nichts wichtigeres als den Frieden gibt.

AG Frieden und Abrüstung
des AstA der THD

"Bedingte Studierfähigkeit" oder -
das Geschwafel von dem dummen
Studenten

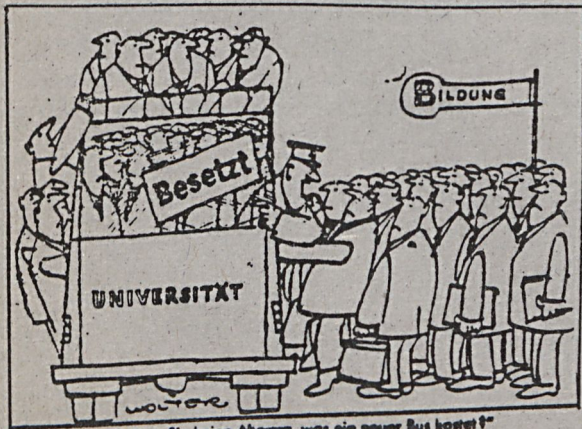
Es geistert eine neue Vokabel durch die Landschaft; Hochschulpräsidenten und Fakultätentage, aber auch Kommentatoren des konservativen Blätterwaldes lassen ihre Statements ab, um endlich mal wieder zu beteuern, wie faul, träge und hauptsächlich dumm wir Studenten heutzutage seien. Da brechen Professoren ihre Vorlesungen ab, weil ihnen ihre Hörer zu dumm sind und geben die Schuld den bösen Oberstufenreformen, die durch das "Abwahlsystem" jegliche "Leistungsmotivation" unterwandert hätten.

Die verantwortlichen Politiker wiederum kontern, daß ja ursprünglich der Wille zur Reform aus den Hochschulen selbst kam.

Doch schauen wir uns die Argumente mal an, um zu sehen, was dahinter steckt.

Vorreiter der harten Linie war wohl der Präsident der Uni Kiel, Griesser, der als einer der ersten die "verminderte Studierfähigkeit" meinte festgestellt zu haben. Die Schuld daran gibt er hauptsächlich der schon erwähnten Oberstufenreform.

In den Hochschulpolitischen Informationen vom 17. Juli 1981 schreibt er:



„Man, haben Sie keine Ahnung, was ein neuer Bus kostet!“

"Diese Reform mit ihrer Möglichkeit des Wählens (und damit des Abwählens) und des Differenzierens mag im Ansatz richtig gewesen sein. Sie mußte jedoch durch die Kollision mit der Durchschnittsnote des Abiturs, die z.B. in den harten Numerus-Clausus-Fächern bis vor einem Jahr allein über den Hochschulzugang entschied, verhängnisvoll in den Schulbetrieb der Oberstufe zurückwirken. Wenn demnach die verminderte Studierfähigkeit von seiten der Hochschul-

lehrer beklagt wird, dann ist damit das Fehlen der früheren methodischen Schulbildung, d.h. des Lernens, wie man lernt, gemeint."

Griesser führt weiter aus, daß durch "Vorsemerster" und "Tutorien" an den Hochschulen das Nötigste nachgeholt werden müsse, um das Schlimmste zu beheben.

"Im Klartext heißt dies aber, daß im Grunde zu Lasten der Steuerzahler zum Null-Tarif Nachhilfestunden nach dem Abitur durch die Universitäten gegeben werden müssen, um die Versäumnisse in der Schule wettzumachen".

Er kommt zu dem Schluß, daß die Hochschulen "dem Standard der Universität" selbst ihre Studierenden auswählen sollen. Mittel zum Zweck soll ein Eingangstest sein, der folgende Vorteile habe:

- erwünschte Konkurrenz
- Verantwortung der Universität für die Ausbildung wird noch deutlicher
- Studenten wären an der Qualität der eigenen akademischen Ausbildung interessiert
- Verlust an Motivation würde wettgemacht
- Rückkoppelung auf das Lernverhalten in der gymnasialen Oberstufe zu erwarten.

Griesser folgt messerschaf:

"Die Wahl des Fächerkanons erfolgte nicht nur nach Opportunismus oder Neigung, sondern nach den für das spätere Studium notwendigen Voraussetzungen."

Alldieweil grade saure Gurkenzeit war und TH-Präsident Böhme auch Zeitung liest, erscheint im Darmstädter Echo vom 20.6.81 eine Presseerklärung unter der Überschrift:

"Religion als Leistungsfach reicht nicht fürs Studium".

Zwar erklärte Böhme dort, daß er Zulassungstests momentan noch ablehnt (wann nicht mehr?), doch plädiert er für eine Einschränkung der Abwahlmöglichkeiten:

"Das Abitur-Leistungsfach Religion reicht nicht aus, um Maschinenbau zu studieren." Also auch Böhme hat eine Idee auf Lager, die Abhilfe schaffen soll:

"Laßt das 13. Schuljahr weg, das bringt eh nichts. Abi nach dem 12. Schuljahr".

Zweifelsfrei mit den schärfsten Tobak rauchte dann aber Peter R. Hofstädter in der Welt 8.8.81:

Aber es mußte ja kommen:

"....(als man sich entschloß, statt bloß fünf Prozent eines Jahrganges volle 20 Prozent die Hochschulen besuchen zu lassen.

Über die Daumen gepeilt hieß das, daß der durchschnittliche Intelligenzquotient der



Studierenden von 125 auf 115 absinken würde. Das ist inzwischen geschehen und man merkt es."

Weil aber alles nun mal so schlimm ist, kommt auch er zu dem Schluß:

Ob jemand "soviel bei anderen gelernt hat, daß er nun für sich selbst zu lernen bereit ist", müßte sich in einer fachlich anspruchsvollen Vorprüfung am Ende des ersten Iniversitätsjahres zeigen.

Worum geht es den Herren!

Es handelt sich um einen erneuten Angriff auf den Reformgedanken der breiteren Bildung. Natürlich sind heute weit aus mehr Studentinnen und Studenten an den Hochschulen als noch vor 10 Jahren, doch sind die finanziellen Zuwachsraten weit hinter den Steigerungsraten der Studenten zurückgeblieben. Somit hat sich zwangsläufig auch die Hochschulausbildung verschlechtert. Der Numerus Clausus war eine Folge davon. Dies aber lassen die



Kommentatoren geflissentlich außer acht.

Man gibt sich der Illusion hin, die durch häufige Wiederholung auch nicht richtiger wird, daß die Studenten besser würden, wenn man noch eine Prüfung draufdonnert. Die eigentlichen Ursachen werden unter den Teppich gekehrt.

Außerdem scheint die Struktur der gymnasialen Oberstufe nicht bekannt zu sein, oder zumindest nicht gesehen werden. Es ist richtig, daß heute Abitur machen kann, ohne eine Prüfung in Mathematik oder Englisch ablegen zu müssen. Daß aber dadurch die Abiturienten keine Fremdsprachen oder Mathematik mehr beherrschen ist falsch. Auch die reformierte Oberstufe sieht Themenbereiche vor, aus denen ein bestimmter Umfang gewählt werden muß.

Gänzlich vergessen wird außerdem, warum das Kurssystem eingeführt wurde. Damals ging es im wesentlichen um die Abschaffung des dreigliedrigen Schulsystems. Die Kritiker des Kurssystems meinen aber nicht nur die Abwahlmöglichkeiten, sondern auch das gesamte System.

Sicherlich sollte ausführlich diskutiert werden, ob Modalität und Umfang der Abwahl sinnvoll sind oder nicht eine Mischform aus Pflicht- und Wahlpflichtbereich sinnvoller wäre.

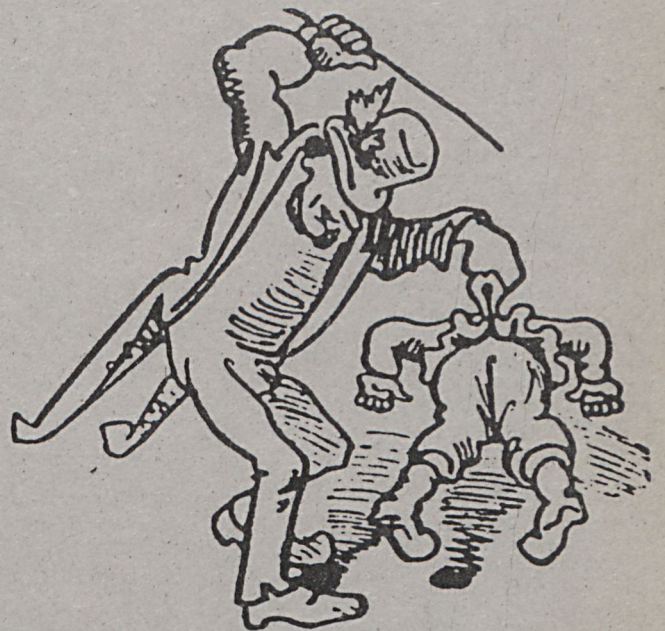
In diesem Zusammenhang sei aber auch eine konstruktive Kritik erwähnt.

Der mathematische Fakultätentag schlug vor, die Bewertungsdifferenz zwischen Grund- und Leistungskursen herabzusetzen. Schon diese Maßnahme würde bewirken, daß die Schüler sich auch stärker in den Grundkursen engagieren würden.

Doch so konkret wird selten über die Gymnasiale Oberstufe debattiert.

Ginge es in der Kritik tatsächlich nur darum, daß die Abiturienten nicht mehr gelernt hätten, wie man lernt, dann wäre aber die Kritik am Leistungsfach Religion gänzlich unangemessen. Denn warum soll man die Fähigkeit zu lernen nicht auch in Religion erlernen können (Oder liegt es am unterschiedlichen Verständnis, was Lernen ist?). Abschließend noch eine Bemerkung: Neben oder alternativ zu der Einführung weiterer Prüfungen wurde die Verkürzung der Schulzeit erwogen. Eine solche "Lösung" würde aber nur bedeuten, daß jeder Bildungsprozeß nur noch nach Verwertungsmaßstäben bewertet wird.

Schulbildung wird dann nur noch nach dem Maß der "Nützlichkeit" für den Beruf gemessen. Das 13. Schuljahr betreffend sollte nicht um der Sache sondern nur um des Inhalts willen, kritisiert werden.



**...FÜR EINE FORTSCHRITTLICHE
SCHULPOLITIK**

WIR HABEN KEINE ZUVERSICHT,WIR HABEN NUR NOCH HOFFNUNGRücktritt von einem verlorenen Posten

Im folgenden drucken wir die Begründung von Matthias Fingerling für seinen Rücktritt von seiner Mitgliedschaft im Förderungsausschuß ab.

Der Rücktritt und seine Begründung zeigen sehr deutlich, wie desolat die Situation im Förderungsbereich ist und wie frustrierend die Arbeit unter sich permanent verschlechternden Bedingungen sein kann.

Matthias hat uns gegeneüber erklärt, daß dieser Rücktritt auch ein Signal an diejenigen sein soll, bei denen er in letzter Zeit auf taube Ohren gestossen ist.

Sollte dies erreicht werden, wären die Bedingungen für einen eventuellen Nachfolger zumindest etwas besser.

Ich trete von meiner Funktion als Stellvertreter des Studentischen Mitglieds im Förderungsausschuß zurück. Der Förderungsausschuß ist eine Institution, die vom Bundes-Ausbildungs-Förderungsgesetz (Bafög) vorgesehen ist. Überschreitet ein Student die im Bafög festgelegte "Förderungs-Höchstdauer" (meistens 10 Semester), wechselt er ein Studienfach oder hat er die Altersgrenze überschritten, kann er einen Antrag stellen, dennoch gefördert zu werden. Lehnt das Bafög-Amt ihn ab, so kommt sein Fall vor der Förderungsausschuß, der die Gründe für die Ablehnung noch einmal unter die Lupe nehmen soll. Für diesen Förderungsausschuß sind drei Leute vorgesehen: ein Vertreter des Bafög-Amtes, ein Vertreter der Professorenschaft und ein studentischer Vertreter. Für jeden dieser drei gibt es noch einen Stellvertreter. In den letzten drei Jahren war ich Stellvertreter des Studenten in diesem Gremium. Alleine die Tatsache, daß eine solche Institution vorgesehen ist, ist meines Erachtens noch kein Grund, sich hineinwählen zu lassen. Wenn ich Zeit für etwas aufbringe, dann natürlich mit einer gewissen Perspektive; mit Zielen, die ich damit verwirklichen will. Um meine Ziele deutlich zu machen, muß ich zunächst folgendes vorausschieben:

Der Vorläufer des Bafög war das Honeffer Modell. Nach diesem Modell bekamen Studenten, die überdurchschnittliche Leistungen zeigten ein Stipendium, d.h. die Weiterförderung war entsprechend an Leistungsnachweise gebunden. Studieren konnte damals also wer, woher auch immer, genug Geld hatte, und wer keines hatte, mußte schon besonders gut sein, um auch studieren zu können. Auf diese Art und Weise war es jedoch nicht möglich, den wachsenden Bedarf an qualifiziertem Nachwuchs zu decken. Dies führte Ende der sechziger Jahre zu einer Krise, der das Schlagwort "Bildungskatastrophe" zugeordnet wird. Sie trug unter anderem zum Regierungswechsel im Jahre 1969 bei.

In der Folge wurde dann das Bundesausbildungs-Förderungsgesetz aus der Taufe gehoben, und trat 1972 in Kraft. Wesentliche Neuerung gegenüber dem Honeffer Modell war, daß durch das Bafög fast jeder gefördert wurde, der Aussicht hatte, das Studium abzuschließen. Dies war natürlich kein Akt der Menschenliebe, sondern ein Instrument der langfristigen Konjunktursteuerung, das unter dem Druck einer wirtschaftlichen Krise geschaffen wurde. Angenehmer Nebeneffekt war die ansatzweise Verwirklichung einer alten bürgerlichen Forderung, der Forderung nach Chancengleichheit. Die Betonung liegt auf "ansatzweise".

Die SPD stellte in der Öffentlichkeit diesen Nebeneffekt in den Vordergrund. Daß es im Grunde jedoch nur um das Konjunktursteuerungsinstrument geht, zeigt der Abbau von Errungenschaften des Bafög gerade in den letzten Jahren. Wenn in der Öffentlichkeit des öfteren argumentiert wird, die Förderung sei zu hoch, unter Hinweis auf die "großen Autos" der Studenten, so zeigt dies im Grunde doch nur, wie weit ein Studium, trotz Bafög, doch ein Privileg für die Kinder reicher Eltern geblieben ist.

Mein Ziel ist auf den Nebeneffekt des Bafög gerichtet, denn meine Eltern hätten mir mein Studium nicht finanzieren können. Bei der Frage, ob ich bereit bin, in einem Gremium wie dem Förderungsausschuß mitzuarbeiten, muß ich abwägen zwischen Nutzen und Schaden.

Argumente für eine Mitarbeit wären:

Einfluß auf die Entscheidungen im Ausschuß und eine effektivere Beratung der betroffenen Studenten.

Dagegen spricht:

Ich gebe meinen Namen her für Entscheidungen, die ich nicht vertreten kann - und noch schlimmer: gegenüber betroffenen Studenten wird teilweise auch noch damit argumentiert, daß schließlich auch ein Student über seine Ablehnung mitentschieden hätte.

In den letzten Jahren habe ich dem Einfluß auf Entscheidungen und der besseren Beratungsmöglichkeiten das größere Gewicht beigemessen. Diese Beurteilung hat sich nun geändert.

Neben den Einschränkungen in den letzten Bafög-Änderungen, den Änderungen der Verwaltungsvorschriften durch Auslegungsrundschreiben des Kultusministeriums und Gerichtsentscheidungen spielt das Darmstädter Bafög-Amt Vorreiter, wenn es um Verschärfungen des Bafög geht. So sprach das Bafög-Amt vor drei Jahren einigen Studenten die Fähigkeit zu studieren ab, obwohl sie ihre Leistungsnachweise nach dem vierten Semester erbracht hatten. Damals konnten wir noch die Rücknahme dieser Entscheidung erreichen.

Inzwischen sind "Stichproben" in die Verwaltungsvorschrift aufgenommen worden. Durch die jähe Arbeit von Generationen von Sozialreferenten hat sich in der Zwischenzeit die Erkenntnis durchgesetzt, daß ein Student, der in seinem ersten Prüfungsabschnitt mehr als zwei Prüfungen macht und durch die Mehrzahl der Prüfungen durchfällt, sich danach sinnvollerweise auf zwei Prüfungen je Abschnitt beschränkt. Ich komme darauf zurück.

Vor rund 1 1/2 Jahren wurde die Verschärfung eingeführt, daß es für eine Verlängerung der Förderungsdauer nicht mehr ausreicht, anerkenbare Gründe zu haben, man muß auch nachweisen, daß man innerhalb dieser Frist tatsächlich fertig wird. Ist ein Student nun durch eine Haupt-Diplom-Prüfung durchgefallen, so bekommt er ein Semester länger Bafög. Fällt er dann durch eine andere Prüfung, kann er nochmals ein Semester Verlängerung beantragen. Wenn der Professor im Förderungsausschuß einem Studenten, der durch eine Prüfung gefallen ist, das eine Semester Verlängerung dadurch vermasselt, daß er behauptet, der Student könne nicht innerhalb des Semesters fertig werden, weil er sechs Prüfungen in seinem letzten Abschnitt habe, schließlich müsse man objektiv sein, und wenn man von einem Studenten nicht mehr als zwei Prüfungen je Abschnitt verlange, könne man einem anderen keine sechs Prüfungen in einem Abschnitt zutrauen, so ist dies gelinde gesagt unverschämmt. Ich will dem Professor nicht unterstellen, daß er dem Studenten Böses wollte. Er hatte im treuen Bewußtsein, eine staatsbürgerliche Pflicht zu tun, einem Studenten vorerst seine Existenzgrundlage entzogen. Das Lippenbekenntnis, alles für die Studenten herauszuholen zu wollen, nutzt da auch nichts. Den Vorwurf der Naivität kann ich ihm jedoch nicht ersparen, denn:

Wie ich bereits zu Beginn geschrieben habe, ist das Bafög nicht an besondere Leistungen geknüpft, sondern es überstreicht "eins mit Sternchen" bis zum "gerade noch mal so".

In meinen Ausführungen hat der Vertreter der Professoren nun die Hauptprügel abbekommen. Dies gibt insofern ein falsches Bild, als das Bafög-Amt natürlich restriktive Regelungen wesentlich geschickter juristisch verbrämen kann, die dann natürlich nicht so offensichtlich sind. Ich möchte ebenfalls hervorheben, daß das, was ich über das Bafög-Amt geschrieben habe, nicht pauschal auf die einzelnen Sachbearbeiter zutrifft. Es gibt beim Bafög-Amt Leute, die sich sehr für Studenten einsetzen. Leider ist einsetzen und durchsetzen nicht das Gleiche. Für mich ergibt sich aus dem allem, daß ich praktisch keine Möglichkeit mehr sehe, durch Arbeit im Förderungsausschuß Einfluß auszuüben. Ich sähe mich eher als Hilfsbremser auf verlorenem Posten, der versucht den Rückschritt etwas zu verlangsamen.

Als Hampelmann jedoch ist mir meine Zeit zu schade, ich werde sie in Zukunft in, wie ich hoffe, sinnvollere Arbeit stecken.

HERZLICHEN GLÜCKWUNSCHoderEIN NEUES SPIELZEUG FÜR DEN ASTA:

Euch wird es sicherlich interessieren, was mit Euren 10 DM Semesterbeitrag für den AstA so alles passieren kann:

300 von Euch (uns) haben nämlich die neueste technische Errungenschaft des AstA finanziert: eine 3000 DM teure, teilprogrammierbare Schreibmaschine, die an den bereits vorhandenen Commodore Tischcomputer, der bisher allein für Buchungszwecke genutzt wurde anzuschließen ist.

Wir wollen die Gemeinsamkeiten und die Unterschiede zu den bereits vorhandenen und 1000 DM billigeren Schreibmaschinen genauer ausführen:

- beide Modelle ermöglichen den Einsatz verschiedener Schrifttypen,
- beide besitzen eine Korrekturtaste, es gibt nur Unterschiede in der Handhabung
- die neue Maschine ermöglicht Randausgleich, d.h. die jeweils letzten Buchstaben einer Zeile stehen genau untereinander. Zusätzlich gibt es außerdem eine Druckstärkenregulierung, d.h. es kann auch etwas fetter gedruckt werden. Diese Vorrichtung, ist jedoch ziemlich überflüssig, da bei Überschriften etc. mit Schablonen oder Letra-Set gearbeitet wird (bei Letra-Set werden auf Folien aufgedruckte Buchstaben nur noch abgerubbelt).

Nachteile dieser Maschine sind:

- höhere Farbbandkosten
und zumindest im Moment ein
- höherer Zeitaufwand,
der dadurch entsteht, daß man, um den Randausgleich auszunutzen, jeweils die ganze Zeile erst einmal eintippt, ohne daß die Maschine ausdrückt. Erst wenn man das Zeichen zum Sprung in die nächste Zeile eingibt, erscheint das Getippte auf dem Papier. Man muß also vollkommen blind schreiben, dh. man hat keine Kontrolle über irgendwelche Tippfehler. Diese Arbeitsweise der Maschine bringt also auch Korrekturschwierigkeiten mit sich: zurückgehen in die letzte Zeile, nachträgliche Korrektur - und dabei muß man hoffen, daß der Fehler nicht gerade in letzten Wort ist, weil man dann wiederum Schwierigkeiten mit dem Randausgleich bekommt.

Ist dann alles in Ordnung gebracht, sucht man in der Vorlage wieder die Stelle, von der an man weiterschreiben muß. Abhilfe schaffen soll ein Anschlußprogramm an die Commodore, mit dessen Hilfe man dann über Bildschirm eventuelle Fehler sofort erkennen kann.

Wir halten diese Anschaffung jedoch - ob mit oder ohne Anschlußprogramm - für unsinnig:

Erstens,
wenn schon eine Schreibmaschine zusätzlich gebraucht wurde (was noch zu bezweifeln ist), stellt sich doch die Frage, ob der AstA die allgemeine Tendenz, immer kompliziertere Maschinen um der "besseren" Technik Willen anzuschaffen unterstützen sollte, zumal "normale" Kugelkopfschreibmaschinen auch noch billiger sind! Immer weniger Leute können solche Geräte richtig bedienen (ein Beispiel dafür wären auch die immer empfindlicher und damit anfälliger werdenden Kopierer), geschweige denn ihre Arbeitsweise verstehen.

Zweitens,
halten wir es für irrelevant, ob Geschäftsbriefe, Flugblätter oder das Schlaglicht mit oder ohne Randausgleich geschrieben werden. Die Qualität dadurch verbessern zu wollen, wäre wohl illusorisch.

Drittens,
sind die Anschaffungskosten für Maschine, Anschlußprogramm und Farbbänder so hoch, daß man sich fragen muß, ob es nicht sinnvollere "Investitionen" gegeben hätte, z.B. Subventionen für den immer teurer werdenden AstA-Bus, von denen zumindest mehr Studenten einen Nutzen gehabt hätten. Viertens,
steht diese Maschine im Raum des Finanzreferats, und ist somit nur bei Anwesenheit eines AstA-Referenten zugänglich.

Zudem ist es symptomatisch für den Informationsfluß zwischen dem AstA und der Schlaglicht-Redaktion, daß wir über die geplante Anschaffung weder informiert wurden, noch gefragt wurden, ob wir sie für unsere Arbeit für sinnvoll halten oder nicht.

Deshalb, und weil der Effekt dieser neuen technischen Spielerei in keinem Verhältnis zum Aufwand steht, hat die Redaktion beschlossen, diese neue Schreibmaschine zu boykottieren, um ihre Anschaffung nicht im Nachhinein zu legitimieren.

LESERBRIEFE

Liebe Kommilitonen vom Schlaglicht

Diesen Leserbrief schreibe ich euch in Bezugnahme auf den von eurer Redaktion übernommenen "Vorwärts"-Artikel zum Thema Friedensdemonstration in Bonn.

Der Titel war: "Hollanditis, welche wunderbare Krankheit". Ich muß vorausschicken, daß ich selbst Teilnehmer an dieser Kundgebung war und einige der Redakteure des "Schlaglichts" dort gesehen habe. Umso mehr mußte ich mich wundern im Schlaglicht keinen Erlebnisbericht, sondern Konserve, und die ausgerechnet aus dem "Vorwärts" zu finden. Damit ergeben sich für mich drei Möglichkeiten:

1. Ihr habt dort keine persönlichen Erlebnisse gemacht.
2. Ihr wart zu faul sie niederzuschreiben
3. Ihr stimmt alle weitestgehend mit dem "Vorwärts" überein und habt dem nichts hinzuzufügen.

Ich will nicht spekulieren. Die dritte Möglichkeit erscheint mir die wahrscheinlichste.

Nun also zum Artikel welcher euch gut genug war, ihn, anstatt eigener Geistesblitze, zu bringen. Wirklich schade, daß ihr es nicht probiert habt, mehr Krampf hättet Ihr bestimmt nicht fertiggebracht. Schon die Überschrift hat mich enttäuscht. Sie passt wohl eher zum "funky-freaky-Meeting" im Stadtpark als zu jenem todernsten Anliegen von über 300 000 Kriegsgegnern.

Ausdruck "Krankheit" erzeugt eher die Vorstellung, als machten die Leute eine ansteckende Mode mit und nicht, als hätten sie die gefährliche Politik der Breschnjew-Reagan-Schmidt durchschaut.

Nun gut, der "Vorwärts" ist schließlich ein SPD-Blatt und so geht es dann in gleicher, dummer Verhöhnepielung der Teilnehmer weiter. Hier nur zwei Kernaussagen, damit's nicht zu lang wird. "Vorwärts" meint dies könne gar keine Demonstration gegen die SPD gewesen sein, da so viele SPDler mitgemacht hätten. Na ja. Eine Partei messen wir in ihrer Politik und da spricht die SPD eine klare

Sprache. Ausgrenzung von Leuten wie Hansen Klose und Eppler, Zustimmung aller Führungskreise zum Nato-Doppelbeschluß, sind keine Maßnahmen im Sinne der Kundgebung. Also doch eine Demo gegen die SPD.

Aber der "Vorwärts" treibts noch doller. Eigentlich, so schreibt er sinngemäß, gehöre Helmut Schmitt mit seiner Friedenspolitik, in die Mitte der Bonner Versammlung. Dazu nur eines. Jemand, der aus macht- und bündnispolitischen Erwägungen einem faschistischen Regime, wie dem in der Türkei, hunderte von Millionen zuschob, hatte in Bonn nichts verloren.

Ich sprach zu Anfang von Krampf. Die krampfhaften Bemühungen des "Vorwärts" SPD-Spitze Basis, Friedensbewegung, Gewerkschaft und andere Gruppen zu einen, ließen leider eine gescheite Analyse der Bewegung nie aufkommen.

Daß ihr die Rede von Eppler abgedruckt habt war gut und das erste Stück Authentizität, doch vor allem die JUSOS vergessen oft, daß sie und Eppler nur das linke Feigenblatt der rechten SPD abgeben. Wollen Leute wie Eppler, Mechttersheimer oder Borm ernst genommen werden, so müssen sie nach Wegen außerhalb ihrer machthungrigen Parteien suchen. Ansonsten sind sie, genau wie die Jusos Vorzeigefiguren, welche am alternativ-linken Rand des Parteienspektrums auf Wählerfang gehen.

Hier will ich nun enden. Ihr mögt bemängeln, daß ich nicht ausgeführt habe, was ich für eine Analyse vorgenommen hätte, doch der Sinn eines Leserbriefes ist es zu kritisieren, nicht andere Artikel nachzuliefern.

Freundlichst
Heinz Kriegbaum
Da, Kahlertstraße 22
Biologiestudent

VEREINIGTE DEUTSCHE STUDENTENSCHAFTEN

AUFRUF DES ZENTRALRATS*

Wir wissen, daß wir Studenten von der Sparpolitik der Bundesregierung, von Hochrüstung und Sozialabbau alle gleichermaßen und massivst betroffen sind und deswegen scharfe Kampfmaßnahmen zur Gegenwehr brauchen.

Wir wissen, daß einerseits die schärfsten Kampfformen und der breiteste Widerstand nötig sind, andererseits sehen wir, daß nicht an allen Hochschulen und Fachbereichen Streiks möglich sind.

Deshalb rufen wir allen Student/innen/en der BRD und Westberlin auf:

- Für Frieden und Abrüstung!
- Für eine alternative Wirtschafts- und Sozialpolitik!
- Gegen Sozial- und Bildungsabbau!

* Flüsüg aus: VDS - PRESS

FÜR MASSIVSTE PROTESTE UND STREIK: BUNDESWEIT! Vom 7. - 12. Dezember!

Wie sollen unsere Proteste. wie soll der Streik aussehen?

Protestaktionen und Streik: bundesweit, das ist gemeinsame Gegenwehr gegen den Kurs der Bundesregierung, von dessen Auswirkungen wir alle betroffen sind. Dies bedeutet Druck für unsere Vorstellungen:

Aktionen, Go-Ins, Besetzungen in der Hochschule und in der Stadt, die zeigen, wie unsere Lage ist.

Projekte und Arbeitsgruppen zur Entwicklung von Gegenöffentlichkeit, Info-Aktionen in der Stadt, in Schulen, mit denen wir unsere Forderungen über die Hochschule hinaus bekannt machen.

Sowohl die Aktivitäten an einzelnen Fachbereichen als auch die hochschulweiten des AstA's sollen in die verschiedensten Veranstaltungen eingehen, um dort zu diskutieren.

Die Vorstellung einer "Offenen Hochschule" soll auch die Diskussionen über gesellschaftliche Verhältnisse ermöglichen und Zusammenhänge aufzeigen, die über den Rahmen der Hochschule hinausweisen.

Wir begreifen uns Studenten nicht als die einzige Angegriffenen. Vielmehr wollen wir aus den Hochschulen herausgehen, um mit anderen gesellschaftlichen Gruppen ins Gespräch zu kommen. Deshalb ist es für uns unverzichtbar, mit den Gewerkschaften, den fortschrittlichen Teilen der Parteien, der Friedens- und Ökologiebewegung, kirchlichen Kräften und den vielfältigen Basisbewegungen als deren Teil wir uns auch verstehen, zur Zusammenarbeit zu kommen und alternative politische Strategien zu entwickeln.

Gemeinsame Aktionen und Veranstaltungen mit Schülern. Die Schüler rufen zur gleichen Zeit zu einer bundesweiten Aktionswoche auf, in einzelnen Bundesländern soll gestreikt werden. Ebenso wollen die Studierenden des Zweiten Bildungsweges an einem Tag in der zweiten Dezemberwoche in den Streik treten.

Wir wollen Diskussionen über Zusammenhänge, über die Strategie der Studenten und der anderen Betroffenen, darüber, wie es nach Protestaktionen und Streik weitergehen soll.

Aktionen der Frauen - ein bundesweiter Frauentreiktag am 09.12. ist vom Projektbereich Frauen in der VDS vorgeschlagen und wird vorbereitet.

Arbeitsgruppen und Treffen in Seminaren und an Fachbereichen in denen diskutiert wird, wie die "alltäglichen Mißstände" bewältigt, verändert werden können.

Massive Aktionen und Streik müssen gründlich vorbereitet werden:

Schon jetzt brauchen wir AG's und Projektgruppen, die überlegen, wie an der einzelnen Hochschule, am einzelnen Fachbereich Sofortforderungen entwickelt, Verschlechterungen wirksamer bekämpft und Teilerfolge durchgesetzt werden können.

Schon jetzt muß in Vollversammlungen über die Aktionen und Streik diskutiert und beschlossen werden. Mit entsprechenden VV-Beschlüssen sollen Urabstimmungen über Streiks vorbereitet werden.

VERANSTALTUNGEN:

Schlosskeller:

Di. 24.11 Theatergruppe C o u r a g e
mit: "Angeschmiert"
Eintritt 3,--DM

Fr. 27.11 DPG-Filmforum
"Das Brot des Bäckers"
Eintritt 2,-DM

Sa. 28.11 WÜTRIO (Jazz)
Eintritt 3,-DM

Do. 26.11 "A.N.T.I. - AKW - Mitspieltheater"
Sie machen Theater zum Anfassen und Mitmachen. Entstanden aus der Gruppe "A.N.T.I." sind in diesem Herbst wieder auf Tournee durch die BRD. An den drei Tagen nach ihrem Auftritt machen sie einen Workshop zum Thema "UNSICHTBARES THEATER". Der Eintritt zu Aufführung ist frei; der Unkostenbeitrag zum Workshop wird voraussichtlich 10,-DM betragen.

Do. 03.12 "JÜRGEN ALBERS" - "ROCK LIEDER KABARETT " -
Er kommt aus Saarbrücken. Seine beiden bisherigen Programme (30 Jahre Scheener Lääwe OHG und Sex & Crime & Rock 'n Roll) beweisen durch ihre Erfolge auf Kleinkunsthöfen, in Rundfunk und Fernsehen seine gelungene Verbindung von Musik und engagierten Texten, von Liedern und Kabarett. Übrigens: Der Untertitel von "Sex & Crime & Rock 'n Roll heißt: "oder - Angenehmige Themen" und spricht für sich.
Ab 20.00 Uhr im Köhler Saal (283), Karten im AstA-Büro: 5,-DM